

Naomi Klein

Israel – boykottieren, Kapital entziehen, sanktionieren!

Naomi Klein stellte diese Forderung während des Gaza-Krieges auf und bekräftigte sie im Juni 2009 bei einem Besuch im seit Jahren widerständigen Westbank-Dorf Bil'in. Dort nahm sie an der regelmäßig stattfindenden gewaltfreien Demonstration gegen die Mauer teil und wurde Zeugin des brutalen Vorgehens der israelischen Armee (IOF oder „Besatzungsverteidigungskräfte“ im AktivistInnen-Jargon) gegen die DemonstrantInnen.

Naomi Klein sagte unter anderem: „Die Illusion westlicher Normalität ist ein außerordentlich wichtiger Bestandteil der israelischen Identität. Wenn diese Illusion bedroht wird, wenn das Rockkonzert nicht stattfindet, wenn die Symphonieorchester nicht kommen, wenn der Film, den man unbedingt sehen wollte, beim Jerusalem Film Festival nicht gezeigt wird – dann bedroht das allmählich den israelischen Staat in seinem Innersten.“ Angesichts des Vorgehens der Armee gegen die Protestierenden in Bil'in: „Israelische Soldaten würden so niemals gegen jüdische Demonstranten vorgehen. Das ist Apartheid, systematische Ungleichheit.“

Naomi Klein ging bei dieser Gelegenheit auch auf das Gerichtsverfahren ein, das vom Bil'iner BürgerInnen-Komitee vor kanadischen Gerichten gegen kanadische Firmen angestrengt wird, denen es vorwirft, internationales Recht zu verletzen. Green Park International und Green Mountain International sind am Bau und der Vermarktung von Siedlungswohnungen (selbstverständlich nur an Israelis bzw. Juden) beteiligt, die auf Bi'liner Grund und Boden errichtet werden. Dies – wie das gesamte israelische Siedlungsprojekt – widerspricht dem Internationalen Recht, das die Ansiedlung von Bevölkerungen in besetzten Gebieten sowie damit in Zusammenhang stehende dauerhafte Infrastrukturmaßnahmen und eine dauerhafte Bebauung dieser Gebiete durch die Besatzungsmacht untersagt. Bei der Klage von Bil'in geht es um ein exemplarisches Vorgehen. Es geht darum, grundsätzlich und nicht nur im Interesse des Dorfes dem Internationalen Recht Geltung zu verschaffen, allein schon dadurch, dass es zum Gegenstand eines Verfahrens an einem kanadischen Gericht wird. Es ist Teil der Widerstandsstrategie der palästinensischen Zivilgesellschaft und folgt derselben Logik wie BDS: genau bekannt zu machen und anzugreifen, wo Firmen, Institutionen, Regierungen oder Personen von der Besatzung profitieren, mit ihr kollaborieren und dadurch zu Mittätern bei der Aushöhlung des internationalen Rechts werden. Es geht nicht darum, ein partikulares palästinensisches Interesse zu verfechten und auch nicht darum, Israel zu dämonisieren.

Es ist an der Zeit. Mehr als überfällig. Die beste Strategie, die immer blutigere Besatzung zu beenden, besteht darin, Israel zum Gegenstand einer weltweiten Bewegung von der Art zu machen, die der Apartheid in Südafrika ein Ende setzte.

Wie genau das gehen könnte, schlug im Juli 2005 eine große Koalition palästinensischer Gruppen vor. Sie riefen „Menschen mit Gewissen überall auf der Welt“ dazu auf, „breit angelegte Boykott- und Desinvestitionsmaßnahmen gegen Israel durchzusetzen, ganz ähnlich denen, die auf Südafrika in der Zeit der Apartheid angewendet wurden“. Die Kampagne Boykott, Desinvestition und Sanktionen – kurz BDS – war geboren.

Jeder weitere Tag, an dem Israel auf Gaza eindrischt, führt dem Anliegen von BDS Anhänger zu, und das Gerede von einer anstehenden Waffenruhe kann diese Bewegung kaum hemmen. Selbst unter israelischen Juden wird sie inzwischen unterstützt. Noch während der Überfall andauerte, haben rund 500 Israelis, darunter viele bekannte KünstlerInnen und Gelehrte, an die Botschafter anderer Länder in Israel einen Brief geschrieben, in dem sie „umgehende restriktive Maßnahmen und Sanktionen“ forderten und sich dabei auf den Anti-Apartheid-Kampf bezogen. „Der über Südafrika verhängte Boykott war wirkungsvoll, Israel jedoch wird mit Samthandschuhen angefasst ... Diese internationale Rückendeckung muss aufhören.“

Und doch können viele von uns sich trotz dieser klaren Aufforderungen nicht dazu durchringen, sie zu unterstützen. Die Gründe sind komplex, gefühlsmäßig und nachvollziehbar – und sie sind einfach nicht gut genug. Sanktionen auf der wirtschaftlichen Ebene sind das wirksamste Instrument im gewaltfreien Arsenal. Auf sie freiwillig zu verzichten grenzt an aktive Komplizenschaft. Hier nun die vier Haupteinwände gegen die BDS-Strategie und im Anschluss gleich die Widerlegung.

Strafmaßnahmen wird Israelis eher erbittern als sie überzeugen

Die Welt hat es mit dem versucht, was man als „konstruktives Engagement“ zu bezeichnen pflegt. Sie ist damit definitiv gescheitert. Seit 2006 hat Israel seine kriminellen Machenschaften stetig gesteigert: Es hat die Siedlungen ausgedehnt, einen verheerenden Krieg gegen den Libanon vom Zaun gebrochen und Gaza durch die grausame Belagerung kollektiv bestraft. Trotz dieser Eskalation hatte es keine Strafmaßnahmen zu gewärtigen – im Gegenteil. Die Waffen und die 3 Milliarden Dollar, die die USA Israel jährlich zukommen lassen, sind das eine. Darüber hinaus kam Israel ausgerechnet in dieser entscheidenden Zeitspanne in den Genuss beträchtlicher Verbesserungen in seinen diplomatischen, kulturellen und Handelsbeziehungen mit einer ganzen Reihe anderer befreundeter Staaten. So war Israel 2007 der erste nicht-lateinamerikanische Staat, der mit Mercosur ein Freihandelsabkommen unterzeichnete. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 schnellten die israelischen Exporte nach Kanada um 45% in die Höhe. Ein neues Handelsabkommen mit der Europäischen Union soll das israelische Exportaufkommen bei verarbeiteten Lebensmitteln verdoppeln, und am 8. Dezember stockte der EU-Ministerrat das Assoziationsabkommen mit Israel weiter auf – ein von Jerusalem schon seit langem gehegter Wunsch.*

Dies ist der Zusammenhang, in dem die israelische Führung ihren jüngsten Krieg beginnen konnten: im vollen Vertrauen darauf, dass keine nennenswer-

ten Kosten auf sie zukommen würden. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass während sieben Kriegstagen, in denen an der Tel Aviver Börse weiterhin gehandelt wurde, der Index der Bestnotierten um 10,7% anstieg. Wenn das Zuckerbrot nichts bringt, muss die Peitsche her.

Israel ist nicht Südafrika

Nein, natürlich ist es das nicht. Die Bedeutung des südafrikanischen Vorbilds liegt darin, dass es beweist: BDS-Methoden können greifen, wenn schwächere Maßnahmen (Proteste, Petitionen, Lobby-Arbeit hinter den Kulissen) gescheitert sind. Und im übrigen sind in den besetzten palästinensischen Gebieten Dinge zu beobachten, die der südafrikanischen Apartheid erschütternd ähneln: die mit einem Farbcode versehenen Personalausweise und Reise Genehmigungen, die von Bulldozern niedergewalzten Wohnhäuser und die erzwungenen Umsiedlungen, die ausschließlich Siedlern vorbehaltenen Straßen. Ronnie Kasrils, ein prominenter südafrikanischer Politiker, sagte, die Segregations-Architektur, die er in der Westbank und Gaza gesehen habe, sei „unendlich viel schlimmer als die Apartheid“ gewesen. Das war 2007, und somit vor der Zeit, als Israel damit begann, seinen flächendeckenden Krieg gegen das Freiluftgefängnis Gaza zu führen.

Warum Israel herausgreifen, wenn doch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und andere westliche Länder im Irak und in Afghanistan ganz ähnlich verfahren?

Boycott ist kein Dogma, es ist lediglich eine Taktik. Aus praktischen Erwägungen heraus sollte BDS gegenüber Israel ausprobiert werden: In Bezug auf ein so kleines und vom Handel abhängiges Land wie Israel könnte diese Methode tatsächlich wirksam sein.

Boycottmaßnahmen beeinträchtigen die Kommunikation, was wir brauchen ist nicht weniger Dialog, sondern mehr.

Darauf möchte ich mit einer persönlichen Geschichte antworten. Acht Jahre lang kamen meine Bücher in Israel bei einem kommerziellen Verlag namens *Babel* heraus. Als ich jedoch die *Schockdoktrin* veröffentlichte, wollte ich den Boykott respektieren. Auf Anraten von BDS-AktivistInnen, darunter auch der wunderbare Schriftsteller John Berger, habe ich einen kleinen Verlag, *Andalus*, kontaktiert. *Andalus* ist ein Verlag, der Teil der Bewegung gegen die Besatzung ist, und außerdem ist es der einzige israelische Verlag, bei dem ausschließlich arabische AutorInnen ins Hebräische übersetzt werden. Wir haben einen Vertrag ausgearbeitet, der sicherstellt, dass alle Gewinne in die Arbeit von *Andalus* fließen und nicht mir zukommen. Mit anderen Worten, ich boykottiere die israelische Wirtschaft, nicht jedoch Israelis.

* Am 14. Januar legte die EU ihre Pläne einer Aufstockung des Assoziationsabkommens zwischen Israel und der EU auf Eis und reagierte damit auf die israelische Aggression gegen Gaza. Die kann als ein Zeichen für die wachsende Einsicht gewertet werden, dass politische Sanktionen wirksam eingesetzt werden können, um den Krieg zu beenden.

Um unsere bescheidene Kooperation auf die Beine zu stellen, bedurfte es ungezählter Anrufe, E-Mails und Textbotschaften, die zwischen Tel Aviv, Ramallah, Paris, Toronto und Gaza Stadt hin- und hergingen. Was ich damit sagen will: Sobald du damit anfängst eine Boykott-Strategie umzusetzen, blüht der Dialog. Das verwundert nicht, denn, eine Bewegung aufzubauen, erfordert unendlich viel Kommunikation, wie sich viele, die am Kampf gegen die Apartheid teilgenommen haben, erinnern werden. Das Argument, dass die Unterstützung von Boykottmaßnahmen uns voneinander abschotten würde, ist besonders abwegig, wenn man sich die ganze Palette billiger Informationstechnologien vor Augen hält, die uns zur Verfügung stehen. Wir ertrinken förmlich in Möglichkeiten, uns über nationale Grenzen hinweg alles mögliche zuzurufen. Kein Boykott hindert uns daran.

Spätestens an dieser Stelle wird so mancher stolzer Zionist seine Chance wittern, Punkte zu machen: Ob ich denn nicht wisse, dass viele dieser High-Tech-Spielzeuge in israelischen Forschungseinrichtungen, den führenden in Sachen Informationstechnik, ihren Ursprung haben? Da ist durchaus was dran, aber es gilt nicht für alle. Als der Überfall Israels auf Gaza bereits einige Tage lief, schickte Richard Ramsey, leitender Manager einer britischen Telekommunikationsfirma, die auf Voice-Over-Internet-Dienste spezialisiert ist, der israelischen Firma MobileMax folgende Mail: „In Anbetracht des Vorgehens der israelischen Armee in den letzten Tagen sind wir nicht mehr bereit, mit Ihnen oder irgend einer anderen israelischen Firma Geschäftsbeziehungen zu pflegen.“

Ramsay sagte dazu, seine Entscheidung sei keine politische gewesen, er habe nur keine Kunden verlieren wollen. „Wir können es uns nicht leisten, auch nur einen Kunden zu verlieren“, erklärt er, „es war eine defensive Entscheidung rein kommerzieller Art.“

Solches kühle Geschäftskalkül veranlasste viele Firmen vor zwei Jahrzehnten, sich aus Südafrika zurückzuziehen. Und genau in dieser Art Überlegung von Geschäftsleuten liegt unsere realistischste Hoffnung, Palästina die Gerechtigkeit zu bringen, die ihm so lange verwehrt worden ist.

Erstveröffentlichung: am 8. Januar 2009 in *The Nation*

Naomi Klein, kanadische globalisierungskritische Aktivistin und Autorin; weltweit bekannt durch *No Logo*, ein grundlegendes Werk, das den destruktiven Einfluss der multinationalen Konzerne analysiert und angreift.